

Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW 16.
August, Dortmund

Antragsteller*in: Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest)

Änderungsantrag zu AL 1

Nach Zeile 557 einfügen:

- Kinderschutz ist uns ein zentrales Anliegen und systemrelevant. Schon vor der Corona-Pandemie haben viele Jugendämter mit einem zu knapp bemessenen Personalschlüssel gearbeitet. Viele Fachkräfte gehören zur Risikogruppe oder haben kleine Kinder. Als Folge gab es kaum noch oder sogar keine Kontakte mehr zu Familien, die bislang aus Kinderschutzgründen engmaschig betreut wurden. Ambulante und stationäre Hilfen wurden teilweise ganz eingestellt, da die Jugendämter die Unterstützungen nicht als Fachleistungsstunden akzeptierten. Die Folgen für die Kinder sind dramatisch, und oft unbemerkt: sie waren oder sind mit ihren Eltern, die sie misshandeln oder ihre Grundbedürfnisse nicht erfüllen können, rund um die Uhr zusammen. In vielen Fällen kann ihr Recht auf Unversehrtheit, der Schutz vor Missbrauch oder auch die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse nicht sicher erfüllt werden. Auch überforderte Eltern hatten keine Ansprechpartner*innen mehr und waren sich selbst und ihrer Hilflosigkeit überlassen. Wir sehen die Gefahr, dass sexualisierte Gewalt wieder noch weiter ins Verborgene abrutscht. Umso wichtiger ist es sowohl die Jugendämter, als auch die freien Träger entsprechend personell und finanziell so auszustatten, damit diese ihre Arbeit auch bei einem erneuten Shutdown intensiviert und unter Beachtung des Infektionsschutzes durchgeführt werden kann. Wie im Bereich Schule ist auch hier dringend ein Plan B erforderlich, der klare Orientierung bietet und bereit ist neue Wege zu gehen, z. B. durch den Einsatz von Studierenden nach entsprechenden Schulungen. Darüber hinaus sind neben den bekannten Hotlines auch vermehrt Online-Anlaufstellen z. B. über Instagram oder Tiktok einzurichten, die alle Kinder und Jugendliche ansprechen/erreichen. Kinder mit Beeinträchtigungen sind besonders gefährdet und haben, ebenso wie ihre Eltern, einen besonders hohen Bedarf an Fürsorge und Unterstützung. Es muss gesichert sein, dass diese Familien weiterhin alle erforderlichen Hilfen und Kontakte, z. B. mit den ihnen bekannten Integrationshelfer*innen behalten. Die Vielfalt der Träger der Jugendhilfe muss erhalten und gestärkt werden, damit keine Versorgungslücken in der Jugendhilfelandchaft entstehen. Nur so können wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen zukünftig sicherstellen.

Unterstützer*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Didem Ozan (KV Münster); Jan Ovelgönne (KV Hochsauerland); Werner Loke (KV Lippe); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ulrich Langhorst (KV Dortmund); Gertrud Welper (KV Borken); Andreas Beckmann (KV Soest); Cordula Ungruh (KV Soest); Markus Kurth (KV Dortmund); Christa Edda Maja Saatkamp (KV Borken); Jens Burnicki (KV Bielefeld); Gabriele Wentzek (KV Unna); Elke Olbrich-Tripp (KV Mark); Niclas Ehrenberg (KV Düsseldorf); Ilona Kottmann-Fischer (KV Soest); Martina Rosenthal (KV Rhein-Erft-Kreis); Karin Schmitt-Promny (KV Aachen)